



53. Sitzung

13.05.2015

Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9, Raum B1 07

1. Krankenkassenkarten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/3570**

Der Ausschuss führte ein Fachgespräch durch. An die AOK Bremen/Bremerhaven sollen nachträglich Fragen in schriftlicher Form gerichtet werden. Die Fraktionen werden dafür dem Ausschusssekretariat ihre jeweiligen Fragen zuarbeiten. Die vorläufige Beschlussempfehlung soll in der Sitzung am 24. Juni 2015 erarbeitet werden.

2. Zukünftige Verwendung der für die Informations- und Dokumentationsstelle - neureligiöse und ideologische Gemeinschaften sowie Psychogruppen / Okkultismus, Satanismus (IDS) eingestellten Haushaltsmittel

Selbstbefassung Fraktion DIE LINKE - **ADrs. 6/SOZ/34**

Der Ausschuss führte eine Beratung durch. Die eingeladenen Vertreter von fjp>media führten eine Präsentation vor. Die Ausschussdrucksache wurde für erledigt erklärt.

3. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen des Landes Sachsen-Anhalt

Gesetzentwurf Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/3040**

Entschließungsantrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/3041**

b) Reform des Bestattungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/3048**

Der Ausschuss legte das weitere Verfahren fest. Die Erarbeitung der vorläufigen Beschlussempfehlung wurde für die Sitzung am 24.06.2015 vorgesehen. Die Beschlussempfehlung an den Landtag soll nach der parlamentarischen Sommerpause – nach Vorlage der Beschlussempfehlungen der zwei mitberatenden Ausschüsse – erfolgen.

4. Entwurf eines Gesetzes über das Verbandsklagerecht und die Mitwirkungsrechte von Tierschutzvereinen in Sachsen-Anhalt

Gesetzentwurf Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/2713**

Der Ausschuss erarbeitete eine Beschlussempfehlung an den federführenden Ausschuss. Der vorläufigen Beschlussempfehlung wurde mit 8 : 5 : 0 Stimmen gefolgt.

5. a) Arbeitsweise der Sozialagentur den aktuellen Problemlagen in der Eingliederungshilfe und den Erfordernissen der UN-Behindertenrechtskonvention anpassen

Beschluss des Landtages - **Drs. 6/396**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 6/597**

b) Arbeitsweise der Sozialagentur

Selbstbefassung Fraktion DIE LINKE - **ADrs. 6/SOZ/18**

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen. Vorbehaltlich des Erhalts von erbetenen Unterlagen wurden die Drucksache und die Ausschussdrucksache für erledigt erklärt.

6. Altersarmut bekämpfen – Gesetzliche Rente stärken

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1667**

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Landesregierung entgegen. Die Landesregierung sagte dem Ausschuss zu, ihm die Beantwortung der im Antrag enthaltenen Fragen schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Die Erarbeitung der Beschlussempfehlung an den Landtag soll in der Sitzung am 24. Juni 2015 erfolgen.

7. Maßnahmen gegen Doping und Manipulation im Sport

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/2807**

Der Ausschuss erarbeitete eine Beschlussempfehlung an den federführenden Ausschuss. Der vorläufigen Beschlussempfehlung wurde einstimmig gefolgt.

8. Konduktive Therapie nach András Petö in der Eingliederungshilfe fachgerecht zugänglich machen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/3976**

Änderungsantrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/4004**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Arbeit und Soziales - **Drs. 6/4063**

Der Ausschuss verabschiedete einstimmig eine Beschlussempfehlung an den Landtag.

9. Einwanderung als Chance nutzen

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/3977**

Der Ausschuss legte das weitere Verfahren fest. Die Erarbeitung der vorläufigen Beschlussempfehlung wurde für die Sitzung am 24.06.2015 vorgesehen.

10. Alle Kinder sind uns wichtig

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/3978**

Der Ausschuss legte das weitere Verfahren fest. Die nächste Befassung mit dem Antrag soll in der Sitzung am 9. September 2015 erfolgen.

11. Verschiedenes

Die **Niederschrift über die 51. Sitzung** am 18.03.2015 wurde gebilligt.

Die **Petition des Deutschen Bundestages** zur Entschädigung der Opfer von Gewalttättern, Pet 2-17-15-84-051110, wird in der Sitzung am 24.06.2015 aufgerufen. Das Ausschussesekretariat wird die Petition nochmals an alle Ausschussmitglieder verteilen.

Die Vorsitzende informierte den Ausschuss über die **Festlegungen der Obleute** in ihrem Treffen am 26. März 2015.

Die Vorsitzende wies auf das **Fachgespräch der Sprecher für Politik für Menschen mit Behinderungen am 10. Juni 2015 in der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle** an der Saale hin. Näheres zur Veranstaltung wird allen Ausschussmitgliedern rechtzeitig im vorab zur Kenntnis gegeben werden.

Die Vorsitzende informierte über das **8. Seniorenforum**, welches am 22. September 2015 im Landtag stattfinden wird und bittet um rege Teilnahme und Mitarbeit.

Die Vorsitzende informierte, dass die FachpolitikerInnen der Fraktionen **die Maßregelvollzugsanstalten Uchtspringe und Bernburg** besucht haben. Geplant ist auch der Besuch der Maßregelvollzugsanstalt in Lochow. Danach soll im Ausschuss über die Besuche informiert werden.

Der Ausschuss bestätigte, dass die Besuche der Standorte des Maßregelvollzugs in seinem Auftrage erfolgen.

Die Vorsitzende berief die **nächste Sitzung des Ausschusses für den 24. Juni 2015** ein. Folgende Tagesordnung wurde vom Ausschuss vereinbart:

- Antrag, **Drs. 6/3805** – Cannabis umfassend als Medizin nutzen
Antrag, **Drs. 6/3820** – Cannabiskonsum entkriminalisieren - Krankheiten lindern, **Fachgespräch**
- Entwurf Bestattungsgesetz, **Drucksachen 6/3040, Drs. 6/3041 und 6/3048** (Erarbeitung der vorläufigen Beschlussempfehlung)
- Antrag, **Drs. 6/1667** – Altersarmut bekämpfen – Gesetzliche Rente stärken (Erarbeitung der Beschlussempfehlung an den Landtag)
- Antrag, **Drs. 6/3570** – Krankenkassenkarten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber (Erarbeitung der vorläufigen Beschlussempfehlung)
- Antrag, **Drs. 6/3818** – Anerkennung der Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Bürgermeister und Stadträte als zweckgebundene Einnahmen nach § 11a Abs. 3 Satz 1 SGB II (Erarbeitung der vorläufigen Beschlussempfehlung)
- Beschluss, **Drs. 6/2295** – Sicherung der Pflege in Sachsen-Anhalt (Zwischenbericht der Landesregierung)
- Antrag, **Drs. 6/3977** – Einwanderung als Chance nutzen (Erarbeitung der vorläufigen Beschlussempfehlung)
- **Petition** zur Entschädigung der Opfer von Gewalttätern, Pet 2-17-15-84-051110
- Anträge **Drs. 6/438 und 6/469** – Anerkennung der Taubblindheit als Behinderung eigener Art (Informationen der Landesregierung) – ggf. unter „Verschiedenes“

Die Fraktion Die LINKE informierte über das ihr zugegangene **Schreiben vom Blinden- und Sehbehinderten Verband Sachsen-Anhalt e. V., Bezirksgruppe Elbe / Mulde vom 28.04.2015.**

Die Landesregierung wurde gebeten, ein Antwortschreiben vorzubereiten.

Petra Gaertner
Ausschussdienst
